

Die Ostschweiz existiert nicht

Kaum eine Region der Schweiz hat eine derart diffuse Identität wie die Ostschweiz. Das hat handfeste Folgen für den Wohlstand der Region. Von Andri Rostetter



Im Gegensatz zur St. Galler Bratwurst ist die Ostschweiz als Region nicht richtig fassbar.

ENNIO LEANZA / KEYSTONE

Der Volksmund liegt manchmal auch mit seinen dümmsten Sprüchen richtig. Im Mai brachte Schweiz Tourismus eine Karte unters Volk, auf der die angeblich wichtigsten Museen des Landes eingezeichnet waren. Die Karte war schon für den neutralen Beobachter von zweifelhafter Aussagekraft, für die Ostschweiz war sie ein handfester Skandal. Hinter Winterthur hörte die Schweiz einfach auf, die Region zwischen Bodensee und Walensee hatte es nicht einmal als Fussnote auf die Karte geschafft.

Das «St. Galler Tagblatt» reagierte trotzig: «Wir schielen nicht nach Bern und Zürich, sondern nach München, Berlin, Bregenz, Wien.» Es war ein Aufplustern für die eigene Psychohygiene, mehr nicht. In den europäischen Grossstädten hält sich das Interesse an der Ostschweiz in engen Grenzen. Der eidgenössische Ostrand existiert auf der internationalen Landkarte allenfalls als ländlicher Vorposten von Zürich, aber nicht als eigenständige Region. Oder mit den Worten von Markus Landert, dem Direktor des Thurgauer Kunstmuseums: «Wären wir immer beleidigt, wenn wir irgendwo nicht erwähnt werden, wären wir nur noch beleidigt.»

Eine Fehlkonstruktion

Man kann die Museumskarte von Schweiz Tourismus als kulturpolitischen Treppenwitz abtun. Man kann sie aber auch als Diagnose sehen: Wenn es um den Umgang mit der Ostschweiz geht, herrscht in der Restschweiz Ratlosigkeit. Die Region ist weder politisch noch geografisch richtig fassbar. Man weiss nicht, wo sie beginnt, wo sie aufhört, wer dazugehört, wer überhaupt dazugehören will. Je nach Gremium besteht die Ostschweiz aus drei, vier, fünf oder acht Kantonen, manchmal mit, manchmal ohne Fürstentum Liechtenstein. In der Ostschweizer Regierungskonferenz sind acht Kantone vertreten, Ostschweiz Tourismus umfasst fünf, die SRG Ostschweiz sechs Kantone, ebenso die Trägerschaft der Fachhochschule Ost.

Die Ostschweizer Politik ist geprägt von einem lähmenden Angst-und-Neid-Föderalismus, der keine grossen Ideen mehr hervorbringt.

Noch diffuser wird es, wenn von der sogenannten Kernostschweiz die Rede ist. Dann ist meist der Raum zwischen dem Bodensee und dem Toggenburg gemeint, also ohne den St. Galler Süden und ohne den Thurgauer Westen. Graubünden, den östlichsten aller Kantone, zählt man am Bodensee nicht zur Ostschweiz. So weit, so unbeständig das geografische Selbstverständnis der Region.

Der Keim für diese föderalistische Identitätsstörung wurde schon vor über 200 Jahren gepflanzt. Während die beiden Appenzeller Kantone im Jahr 1803 ihre volle Souveränität erlangten, wurde der Kanton St. Gallen aus Restposten der gescheiterten Helvetischen Republik zusammengeklebt. Das Resultat war eine geografische und politische Fehlkonstruktion, eine Zwangsgemeinschaft aus unverwandten Abteien, Grafschaften und Vogteien, die sich wenig zu sagen hatten, dazwischen zwei souveräne Gebiete, die sich gegenseitig misstrauisch beäugelten.

Dieser Geburtsfehler blockiert die gesamte Region bis heute. Der Kanton St. Gallen sieht sich kraft seines politischen und wirtschaftlichen Gewichts gern als regionaler Primus inter Pares. Das Gegenteil ist der Fall. Er schwächt sich permanent selbst, indem er Rücksicht auf die eigenen Randregionen nimmt. Prominentes Beispiel ist die Spitalpolitik. Der Kanton hielt so lange an der Versorgungsstruktur des 19. Jahrhunderts fest, bis die aus dem Ruder gelaufenen Kosten eine radikale Schrumpfkur nötig machten.

Auch die Stadt St. Gallen ist nicht die zugkräftige Metropolregion, die sie gern wäre. Sie träumt zwar von ihrer alten Grösse, von den Zeiten als Zentrum der internationalen Textilindustrie mit direkter Zugverbindung nach Paris. Doch abgesehen von der Universität verfügt die Stadt kaum mehr über Institutionen von internationaler Strahlkraft. Und wenn sich eine Möglichkeit bietet, das politische und wirtschaftliche Zentrum zu stärken, fährt auch gern einmal der Kanton dazwischen. Die Leitung für die neue Fachhochschule Ost siedelte die St. Galler Regierung nicht im Kantonshaupt-

ort an, dem bildungspolitischen Mittelpunkt der Region, sondern in Rapperswil.

Das Argument des regionalpolitischen Ausgleichs wirkt hier häufig nur vorgeschoben. Vielmehr sieht es nach dem Bemühen aus, möglichst keine Region zu stark werden zu lassen. Für diese Variante der Sankt-Florian-Politik braucht es in der Ostschweiz nicht einmal die Kantonsregierung, auch das Volk kann das. Im September lehnten die St. Galler Stimmbürgerinnen und Stimmbürger einen Sonderkredit für die Planung des Wirtschaftsjahrs Wil West ab. Das Grossvorhaben hätte der Region in den nächsten Jahren bis zu 3000 Arbeitsplätze bringen sollen, konzentriert auf einem Areal, das wie kaum ein anderes an den Rest der Schweiz angeschlossen ist.

Gleichzeitig blockieren sich die Kantone gegenseitig, indem sie Initiativen für gemeinsame Projekte im Keim ersticken. Als die St. Galler, Thurgauer und Ausserrhoder Pläne für eine Landesausstellung in der Ostschweiz wälzten, wollten die Innerrhoder nichts davon wissen. Damit war die Euphorie von Anfang an gebremst, 2016 lehnten schliesslich die Stimmberechtigten von St. Gallen und dem Thurgau den Expo-Planungskredit ab. Mit umgekehrten Vorzeichen verlief der Start des Ostschweizer Innovationsparks. Mit Ach und Krach brachten St. Gallen und der Thurgau ein gemeinsames Projekt auf die Beine, nachdem der Bund den Sololäufen der beiden Kantone eine Absage erteilt hatte.

Brüchige Solidarität

Nun droht der Ostschweiz eine bittere Pointe. Ausgerechnet die Olma-Messen, eines der traditionsreichsten und prestigeträchtigsten Unternehmen der Ostschweiz, sind in akuten finanziellen Nöten. Über die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft sollen 20 Millionen Franken zusammenkommen. Auch die Kantone sind gehalten, ihre Schatullen zu öffnen. Der Thurgau hat bereits abgewinkt, Innerrhoden und Ausserrhoden zögern noch. Das Verhältnis zwischen den Olma-Messen und dem Rest der Region ist symptomatisch für die Brüchigkeit der innerostschweizerischen Solidarität. Das Unternehmen ist finanziell und politisch vor allem in der Stadt St. Gallen verankert. Die Stadt ist mit über einem Viertel der Anteile der grösste Teilhaber der Messen, der Kanton kommt auf einen Zehntel. Die Messen geniessen zwar die Sympathien der Thurgauer, Bündner und Glarner, eine existenzielle Angelegenheit sind sie für sie aber nicht.

Gross und solidarisch wird die Ostschweiz vor allem dann, wenn sie sich von Bern übergangen fühlt. Als der Bundesrat im Sommer seine Pläne für den Bahnausbau bekanntgab, traten sieben Ostschweizer Regierungsräte vor die Medien. Unisono beklagten sie die Missachtung ihrer Interessen und beschworen düstere Szenarien von einer abgehängten Region. Solidarität ist in schlechten Zeiten generell günstiger zu haben. Und sie funktioniert vor allem dann vorzüglich, wenn alle an den gleichen Schmerzen leiden, aber keine Angst um ihre Pfründen haben müssen.

Aus diesem Grund zeigten die Ostschweizer Kantone in der Spitalpolitik jahrelang nicht die geringste Lust, die Politik aufeinander abzustimmen. Erst Anfang 2020, unter massivem wirtschaftlichem und politischem Druck, unterzeichneten fünf Ostschweizer Kantone eine Absichtserklärung für eine gemeinsame Planung der Gesundheitsversorgung in Akutsomatik, Rehabilitation und Psychiatrie. Der Thurgau trat der Vereinbarung bezeichnenderweise erst mehrere Monate später bei, als die Pandemie auch bei seinen bislang wirtschaftlich gesunden Spitalern Spuren hinterliess.

Ob Standortförderung, Gesundheitsversorgung, Hochschulbildung, Landesausstellung: Die Ostschweizer Politik ist geprägt von einem lähmenden Angst-und-Neid-Föderalismus, der keine grossen Ideen mehr hervorbringt. Man steht sich in schlechten Zeiten bei, missgönnt sich sonst aber jeden Erfolg. Die wirtschaftlichen Folgen lassen sich am nationalen Finanzausgleich ablesen: Die Ostschweizer Kantone gehören seit Jahren allesamt zu den Nettoabzählern.

In den Sonntagsreden werden die Vorzüge der Region beschworen, doch letztlich sind die zentrifugalen Kräfte stärker. Die Frauenfelder interessieren sich mehr für Winterthur als für St. Gallen, die Rapperswiler sind schneller in Zürich als am Bodensee, die Buchser pendeln nach Vaduz, die Kreuzlinger nach Konstanz. Als Ersatzhandlung für die fehlende Einheit setzen die Kantone seit Jahren auf die Internationale Bodenseekonferenz, die seit ihrer Gründung 1972 ein diffuses Konstrukt ohne politische Durchschlagskraft geblieben ist. Anders gesagt: Die Ostschweiz existiert nicht, sie ist ein Trugbild aus Scheinzusammenhängen.

Politisch lässt sich dieser Knoten kaum lösen. In St. Gallen phantasiert man darüber, den untergegangenen Kanton Säntis zu exhumieren, vorzugsweise mit dem Oberthurgau im Schlepptau. Mehr als politische Wachträume sind das nicht. Nicht einmal die Ausserrhoder, die den St. Gallern traditionell freundlich gesinnt sind, würden sich für ein solches Gebilde aufgeben. Von den Innerrhodern gar nicht zu reden. Identität lässt sich nicht politisch verordnen. Sie wächst auf dem Humus gemeinsamer Ideen und Ziele. Vielleicht braucht die Ostschweiz zuerst einmal eine regionale Expo, um sich selbst kennenzulernen. Oder um herauszufinden, dass man einander gar nicht so genau kennen will.